



# Geflüchtete Menschen in Belarus Zwischen allen Fronten

Im polnisch-belarusischen Grenzgebiet sitzen immer noch wenige tausend Menschen fest. Geflohen aus Ländern wie Irak, Afghanistan, Libanon oder Syrien, auf der Suche nach Frieden und Sicherheit in Europa. Gestrandet zwischen zwei Staaten, die sie mit polizeilicher und militärischer Gewalt hin- und her- und oft auch abschieben. Und nun auch noch dem Krieg im Nachbarland Ukraine ausgeliefert, der die ganze Welt in Atem hält.

Als wir diesen Rundbrief planten, sollte es in diesem Artikel eigentlich um die aktuelle Situation der geflüchteten Menschen an der polnisch-belarusischen Grenze gehen. Darum, dass es trotz aller Betroffenheitsbekundungen im November und Dezember 2021 bis heute kein Aufnahmeprogramm von Seiten der EU gibt. Dass bislang kein einziger EU-Staat flüchtende Menschen aus dem Grenzgebiet freiwillig aufgenommen hat.

Es sollte darum gehen, dass die polnische Regierung weiterhin und trotz eines Urteils des Obersten Gerichts, das das Vorgehen für verfassungswidrig erklärt, kaum humanitäre Hilfe oder unabhängige Berichterstattung im Grenzgebiet zulässt. Dass Hilfe durch Anwohner\*innen, die das Leid vor ihren Haustüren nicht mehr ertragen können, weiterhin kriminalisiert wird. Dass Menschen, auch Kinder, lieber in den Wäldern bei zweistelligen Minusgraden sterben gelassen werden, als sie in der EU aufzunehmen.

Es sollte darum gehen, dass das Wort „Pushback“, also das gewaltsame Zurückdrängen flüchtender Menschen an den EU-Außengrenzen, mit traurigem Recht zum deutschen Unwort des Jahres 2021 gewählt worden ist. Und darum, dass die polnische Regierung seit Ende Januar für mehr als 340 Millionen Euro eine Grenzmauer baut, die das Überwinden der Grenze noch unmöglicher machen soll – anstatt dieses Geld für die Aufnahme der Menschen einzusetzen; es hätte hundertfach gereicht.

Doch heute, Ende Februar, ist die Welt eine andere. Mit dem Angriffskrieg der russischen Regierung auf die Ukraine hat sich die Lage noch einmal dramatisch verschärft – für alle Menschen in der Region, aber in besonderem Maße auch für

Foto links:  
Geflüchtete Menschen im  
November 2021 am Grenz-  
übergang Bruzgi/Kuznica,  
auf der belarusischen Seite.

© privat

Foto rechts:  
Grenzsteine zwischen Bela-  
rus und Polen vor dem Bau  
des Grenzzauns (2020).

©Torstenspecht - Eigenes  
Werk, CC BY-SA 4.0, [https://  
commons.wikimedia.org/w/  
index.php?curid=98871418](https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=98871418)



©Netzwerk Friedenskooperative

**Autorin:**

**ELISE KOPPER**

ist Vorstandsmitglied  
im BSV. An der Seite  
eines syrischen  
Freundes, dessen  
minderjähriger Bruder  
in Belarus fest sitzt, hat  
sie die Situation an der  
polnisch-belarusischen  
Grenze seit November  
2021 aus erster Hand  
verfolgt.



Foto links:  
Demo in Berlin 2017.

© Ekvidi,  
CC BY-NC 2.0

Foto rechts:  
Demo in Berlin 2017. Diese  
Forderung muss für alle Ge-  
flüchteten gelten!

© Ekvidi,  
CC BY-NC 2.0

die geflüchteten Menschen in den Grenzgebieten. Denn der Krieg könnte auch belarusisches Staatsgebiet erreichen. Vielleicht hat er das zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Rundbriefs schon getan. Bereits jetzt wird die Ukraine auch von Belarus aus angegriffen. Der belarusische Machthaber Lukaschenko steht fest an der Seite der russischen Regierung. Russische Truppen befinden sich überall im Land. In diesen Stunden wird zudem das Ergebnis einer nationalen „Volksabstimmung“ (die den Namen sicher nicht verdient hat) verkündet: Belarus ändert seine Verfassung und gibt seinen Status als Nicht-Nuklearstaat auf. Damit wird nicht nur die dauerhafte Stationierung russischer Truppen, sondern auch die Stationierung russischer Atomwaffen im Land ermöglicht.

Diese Entwicklungen sind für die gesamte belarusische Zivilbevölkerung dramatisch. Doch für die geflüchteten Menschen im Land haben sie noch einmal besondere Auswirkungen. Niemand weiß zum jetzigen Zeitpunkt, wie sich die Lage weiter entwickeln und inwieweit Belarus noch aktiver ins Kampfgeschehen einsteigen wird. Niemand weiß, wie lang Lukaschenko die Geflüchteten in seinem Land noch dulden wird. Niemand weiß, wie lang das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder das Internationale Rote Kreuz, für viele Menschen auf der Flucht die einzigen Anlaufstellen, noch im Land sein dürfen und können. Oder wie lang die Botschaften der EU-Länder in Belarus noch geöffnet sein werden, um die Visumsanträge der wenigen, die es trotz aller bürokratischen Hürden geschafft haben, diese Anträge zu stellen, zu bearbeiten.

Diejenigen, die vor Krieg und Unsicherheit in ihren Heimatländern geflohen sind, die die EU schon längst hätte aufnehmen und in Sicherheit bringen können, sind nun in einem neuen Kriegsgebiet gefangen. Und mit ihnen die vielen Menschen in Belarus, die den Kurs ihrer Regierung nicht unterstützen. Denn die Grenzzäune an den EU-Außengrenzen, die sich zunächst nur gegen die Flüchtenden aus den arabischen und afrikanischen Staaten richteten, könnten auch zum Problem für flüchtende Belarus\*innen werden. Es bleibt abzuwarten, ob Polen und andere EU-Länder, die gerade ihre Grenzen zur Ukraine weit öffnen und insbesondere Menschen mit ukrainischen oder westlichen Pässen überwiegend problemlos hineinlassen, auch Menschen aus Belarus aufnehmen werden. Und ob dann an der Grenze unterschieden wird, wer die „richtigen“ Papiere hat und vor Krieg flüchten darf – und wer nicht.